

Gewerkschaft wirbt für Betriebsratsgründungen

2021-04-07 12:40

Mit einer Kampagne unter dem Titel „Sei du die starke Stimme!“ wirbt der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) für die Gründung von Betriebsräten. Gerade die CoV-Krise mit Homeoffice und Kurzarbeit habe gezeigt, wie wichtig ein solcher in den Betrieben für die Arbeitnehmer sei, sagte Barbara Teiber, Vorsitzende der Privatangestellten-Gewerkschaft GPA, heute in einer Pressekonferenz.

Bei Verhandlungen sitze in der Regel der Arbeitgeber am längeren Ast. Betriebsräte gleichen das gemeinsam mit der Gewerkschaft aus, so Teiber. Komme es zu großflächigen Kündigungen oder einer Insolvenz, sei ein Betriebsrat von unschätzbarem Wert, etwa bei der Ausarbeitung eines Sozialplans.

Von der wichtigsten Basis für die Arbeit der Gewerkschaftsbewegung sprach auch ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian: „Wir haben gerade in den vergangenen Jahren erlebt, dass die betriebliche und gewerkschaftliche Mitbestimmung nicht in Stein gemeißelt ist. Sie muss immer wieder neu erarbeitet und verteidigt werden. Das schaffen wir nur mit starken, engagierten Betriebsräten.“

Kampagne inklusive Onlineumfrage

Mit der nun gestarteten Kampagne will der ÖGB die Anzahl der Betriebsratskörperschaften in Österreich deutlich steigern. Derzeit gibt es solche in rund 60 Prozent der Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten; rund zwei Millionen Arbeitnehmer werden vertreten. Künftig sollen es um 50.000 mehr sein.

Den Anfang macht dabei eine Umfrage unter Mir-reichts.at, mit der man herausfinden will, wo bei den Arbeitnehmern der Schuh drückt. Im Mai sollen Interessierte dann bei der Gründung begleitet werden.

Eva Zeglovits, Geschäftsführerin des Meinungsforschungsinstituts IFES, ortete Indizien dafür, dass Unternehmen mit gut eingebundenen Betriebsräten Krisenzeiten in der Regel besser überstehen. Beim „Strukturwandelbarometer 2021“ – einer Studie im Auftrag des ÖGB und der Arbeiterkammer, an der 2.100 Betriebsräte teilnahmen – hätten acht von zehn Betriebsratsmitgliedern gesagt, dass sie gut in die Entscheidungen zu den CoV-Maßnahmen eingebunden worden seien.

